



Anstiftung zur Rettung der Welt



Ein Jahr Enzyklika *Laudato si'*

Eine gerechtere Welt ist möglich

Seit einem Jahr wirbelt das päpstliche Lehrschreiben *Laudato si'* nun schon Staub auf. Weltweit werden Franziskus' Thesen überraschend wohlwollend diskutiert. Dabei haben sie es in sich. – Was drin steht und was drin steckt.

MARKUS BÜKER

Am 18. Juni 2015 hat sich Papst Franziskus mit der Enzyklika *Laudato si'* in der internationalen Diskussion über die multiplen Krisen unserer Zeit eindrucksvoll zu Wort gemeldet. *Die Sorge für das gemeinsame Haus* treibt den Papst um: die Sorge um das würdige Leben aller Menschen, der heutigen und der zukünftigen sowie der fehlende Respekt vor den Grenzen der Erde. Der Kurs der Menschheit erscheint ihm selbstmörderisch. Die Menschheit verspielt das Geschenk der Schöpfung, das ihr nach christlicher Auffassung von Gott in Freiheit überlassen wurde. Deswegen auch die Wahl des Titels *Laudato si' – Gelobt seist Du, Gott, der Schöpfer*. Denn alles, was ist, entsteht nicht aus sich selbst, sondern verdankt sich einem anderen, in religiöser Sprache „Schöpfer“ genannt, aus dem alles hervorgeht. Die Vorschläge des Papstes zur Kursänderung haben es in sich – wie diese Publikation anhand der Beispiele Klimawandel, Ernährung und Stadtentwicklung zeigt.

Kernbotschaft:

Armuts- und Umweltfragen gehören zusammen

Milliarden Menschen leiden Not, die Erde und die natürlichen Lebensbedingungen für die kommenden Generationen sind der Zerstörung preisgegeben: „So beeinträchtigt zum Beispiel die Erschöpfung des Fischbestands speziell diejenigen, die vom handwerklichen Fischfang leben und nichts besitzen, um ihn zu ersetzen; die Verschmutzung des Wassers trifft besonders die Ärmsten, die keine Möglichkeit haben, abgefülltes Wasser zu kaufen, und der Anstieg des Meeresspiegels geht hauptsächlich die verarmte Küstenbevölkerung an, die nichts haben, wohin sie umziehen können.“ (LS 48) Verursacht wird dies durch unsere Produktionsweisen, die Wirtschafts- und Finanzbeziehungen, durch die Funktionsweisen der Politik und durch das übersteigerte Konsumverhalten von immer mehr Menschen.

Deswegen ist es Aufgabe der Kirche(n) wie der gesamten Menschheit, Armut und Umweltzerstörung als Zusammenhang zu denken und die Ursachen endlich entschieden anzugehen. Die Überwindung der Armut in all ihren Formen und der Schutz der Umwelt sind untrennbar verbunden. Dabei sind es vor allem wir, die Menschen in den industrialisierten Ländern, und die Wohlhabenden dieser Welt, die weit über dem Niveau leben, das die Erde aushält. In diesem Sinne ist *Laudato si'* eine Sozial- und Umweltenzyklika.

Aufruf zur ökologischen Umkehr

Mit kleinen Veränderungen hier und da ist es für den Papst nicht mehr getan. Er schlägt eine grundsätzliche Abkehr von gescheiterten Entwicklungs- und Wirtschaftsmodellen und eine neue Definition von Fortschritt vor (LS 194). Dabei hat der Papst keine letzten Wahrheiten zur Ökologie zu verkündigen, sondern ruft aus Sorge um die Hungernden und die Umwelt die Menschen zum Umdenken und Mittun auf.

So ist das Dokument ein Angebot zum Dialog. Es brauche „ein Gespräch über die Art und Weise, wie wir die Zukunft unseres Planeten gestalten“ (LS 14). Nicht mehr eine Religion, ein Staat oder eine internationale Organisation kann die Probleme der Welt lösen. Es geht nur in der Kooperation aller. Der Papst richtet sich an jeden Menschen guten Willens, unabhängig von Religion und Weltanschauung (LS 3). In einer Zeit, in der in Europa die Zusammenarbeit immer schwieriger wird und weltweit mehr und mehr Staaten auseinanderfallen, ist das ein ambitioniertes Anliegen. Es basiert auf dem Vertrauen in die Kraft des menschlichen Geistes, nicht blind den vorgegebenen Strukturen oder Interessen anderer ausgeliefert zu sein. Dabei ist dem Papst bewusst, dass die Widerstände in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft groß sind. Seinen viel diskutierten Satz „Diese Wirtschaft tötet“ illustriert er ganz praktisch (LS 48).



»Ich denke, das Dokument ist sehr mutig, weil es die herrschende Weltsicht herausfordert. Die Enzyklika spricht über die Verbindung aller mit allem. Und es ist besonders wichtig, dass mit der Enzyklika jede und jeder in der Welt erreicht werden kann«

Naomi Klein

Ebenso sei es die weitverbreitete Gleichgültigkeit vieler einzelner, die zur aktuellen Krisensituation führe. In all dem ist die Position des Papstes parteiisch. Er nimmt die globalen Herausforderungen aus der Perspektive der „Armen“ wahr: Er hört den Schrei der Armen und den Schrei der verletzten Erde (LS 49).

Eine neue Art der Zusammenarbeit

Seit Jahrzehnten gab es an der Basis der Kirche weltweit Sozial- und Umweltbewegungen. Nicht selten in ökumenischer Trägerschaft. Die Päpstliche Akademie der Wissenschaften hat im Mai 2014 mit der Anhörung von Expert(inn)en aus aller Welt zu den zentralen globalen Herausforderungen nochmals die wichtigsten Ergebnisse für die Enzyklika zusammengetragen. Franziskus hörte sich zudem die Stimmen Betroffener und von Bischöfen an. Christlicher Glaube und Wissenschaft kommen für den Papst in der Überzeugung zusammen, dass alles mit allem zusammenhängt. Alles, was existiert, hat einen Wert in sich. Als Geschöpf ist der Mensch Teil eines vernetzten Systems – und zwar der Natur (LS 92).

Mit der Veröffentlichung am 18. Juni 2015 hat der Papst bewusst ein politisches Momentum genutzt. Er präsentierte die Enzyklika vor wichtigen internationalen Weichenstellungen. Die Ergebnisse lassen vermuten, dass Franziskus' Botschaft und die anderer Religionsführer nicht ungehört verhallten: Auf der G7-Tagung in Elmau/Deutschland Anfang Juni hatten die wichtigsten Industrieländer schon den langfristigen Kohleausstieg beschlossen. Im September hat die Weltgemeinschaft dann in New York mit der *AGENDA 2030* 17 Nachhaltige Entwicklungsziele – „Sustainable Development Goals“ – beschlossen, die erstmals für Industrie- und Entwicklungsländer gleichermaßen gelten. Krönender Abschluss des „Entwicklungsjahres 2015“ war im Dezember in Paris die Verständigung auf ein neues internationales Abkommen zum Klimaschutz.

Wie weiter?

Für die „ökologische Umkehr“ braucht es neben technologischem Fortschritt vor allem einen sozialen, ethischen und

kulturellen Wandel in Richtung Gemeinwohl. Dieser wird strukturelle politische sowie wirtschaftliche Konsequenzen haben und bedingt auch eine Veränderung individueller ressourcenintensiver Lebensstile. Dabei sind Veränderungen im Plural nötig. Es gibt sie bereits, sie werden aber aus Interessen des Machterhalts ausgebremst (LS 104). Daran zu arbeiten ist die zentrale Aufgabe für Christinnen und Christen, für Kirche(n) heute. Das wird umso eher gelingen, wenn sie eine ökologische Spiritualität entwickeln, die zum Wandel anstiftet und ihm Richtung gibt.

Die Kirche in Deutschland ist aufgerufen, in ihren eigenen Reihen die Impulse des Papstes zu diskutieren und Konsequenzen zu ziehen. Die Palette ist breit. Sie schließt energieeffizientes Gebäudemanagement, nachhaltige Finanzanlagen, ökosoziales Beschaffungswesen und Mobilitätsverhalten ein. Obwohl Bischöfe und Kirchenverwaltungen in diese Richtung aufbrechen, gibt es vor Ort auch zahlreiche Widerstände. Das Neue muss sich beharrlich gegen althergebrachte Gewohnheiten behaupten. Wie steht es darüber hinaus mit kirchlichem Engagement für eine wirkliche Energiewende, für eine nachhaltige bäuerliche Landwirtschaft? Wie mischt sich Kirche bei der Stadtentwicklung angesichts der zu erwartenden Neubauten für sozial Benachteiligte und die ankommenden Flüchtlinge ein?

Mit *Laudato si'* geht es um eine Neupositionierung der Kirche in der Gesellschaft, in Distanz zu den bestimmten wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen. Das Eintreten der Kirche(n) für die Rechte der Flüchtlinge und Migrantinnen gibt eine Idee von den politischen Kosten, den sie für die Verwirklichung des Evangeliums an der Seite der „Armen“ zu tragen haben. – Wir leben in spannenden Zeiten.

Anmerkung

Die Nummern in den runden Klammern hinter den Zitaten aus der Enzyklika *Laudato si'* beziehen sich nicht auf Seitenzahlen, sondern auf die durchnummerierte Abschnittszählung im Text, unabhängig von der jeweiligen Ausgabe.



Kulturwandel statt Klimawandel

Wider die blinde Technikgläubigkeit

Ein Teil der Menschheit hat es geschafft, das Klimasystem aus dem Takt zu bringen – der andere, wesentlich größere Teil leidet unter den zerstörerischen Folgen. Technologische Lösungen allein halten die Erderwärmung nicht auf. Nur wenn wir unsere Wirtschafts- und Lebensweise grundlegend ändern und sie nach Prinzipien der Gerechtigkeit und der Solidarität ausrichten, haben alle eine Zukunft.

STEFAN TUSCHEN

Eines der umstrittensten Themen im Vorfeld der Veröffentlichung von *Laudato si'* war, in welcher Weise sich die katholische Kirche zu den wissenschaftlichen Fakten über den Klimawandel äußern würde. Denn ist der Klimawandel anthropogen mitverursacht, müssen andere politische Maßnahmen ergriffen werden, als wenn er auf natürlichen Ursachen beruht. Der Papst lässt in seiner Enzyklika keinen Zweifel daran: Die katholische Kirche akzeptiert die Ergebnisse der Klimaforschung. Auch für ihn ist die in den vergangenen Jahrzehnten beobachtete globale Erwärmung mit so großer Wahrscheinlichkeit durch den Menschen verursacht, dass ein grundsätzliches Umsteuern menschlichen Handelns geboten ist.

Das Klimasystem der Erde, zu dessen wichtigen Komponenten die Atmosphäre, die Ozeane und die Eisschil-

de und Gletscher zählen, erwärmt sich. Das zeigt der Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur an der Oberfläche der Erdmassen und Ozeane. Die Erwärmung der Ozeane trägt zu einem anhaltenden Meeresspiegelanstieg bei. Temperaturextreme, Wirbelstürme und Phänomene wie El Niño treten verstärkt und in kürzeren Zyklen auf. Die polaren Eismassen und die Gebirgsgletscher ziehen sich drastisch zurück.

Viele Menschen leiden bereits heute weltweit unter den Folgen. Ein langfristiger Trend der globalen Erwärmung ist nicht zu leugnen. Doch, so Papst Franziskus: „Es wird uns nicht nützen, die Symptome zu beschreiben, wenn wir nicht die menschliche Wurzel der ökologischen Krise erkennen“ (LS 101). Durch die Verbrennung der fossilen Energieträger Kohle, Erdöl und Erdgas seit Beginn der Industrialisierung hat ein Teil der

Menschheit das gesamte Klimasystem aus dem Gleichgewicht gebracht. Schon allein öko-logisch [sic!] ist es unmöglich, dass alle Menschen so leben, wie wir heute in den industrialisierten Ländern leben.

Klimagerechtigkeit jetzt!

Diejenigen Gesellschaften, die zu den Hauptverursachern des Klimawandels zählen, haben bislang allerdings kaum mit den zerstörerischen Auswirkungen für Menschen und Natur zu kämpfen. Und wenn doch, so sind sie so gut aufgestellt, dass sie sich relativ leicht an die Folgen anpassen können. Das gilt insbesondere für Industrieländer wie Deutschland. Dagegen haben diejenigen Menschen, die am wenigsten zu den Klimaveränderungen beigetragen haben, heute und in Zukunft am meisten unter den Folgen zu leiden. Es ist also nicht nur unmöglich, sondern auch extrem ungerecht, wie die industrialisierten Länder und die wohlhabenden Ober- und Mittelschichten weltweit heute leben. Klimawandel und Klimaschutz sind daher auch eine Frage der Gerechtigkeit und der Solidarität.

Klimagerechtigkeit schaffen heißt, nicht nur die Folgen des Klimawandels zu bekämpfen, sondern vor allem auch etwas gegen die Ursachen zu unternehmen. Dies beschreibt Papst Franziskus ausführlich: Die menschlichen Ursachen des Klimawandels müssen – und können auch! – begrenzt werden (LS 23-26, 52, 169-172). Mit dem Aufruf zur Sorge um die Erde als unser aller gemeinsames Haus verbindet Papst Franziskus eine Hoffnung: Die Menschheit besitzt die Fähigkeit und ist auch noch in der Lage umzukehren, im Denken wie im Tun.

Unter diesen Vorzeichen ist das neue Klimaabkommen von Paris ein Meilenstein. Es erkennt an, dass die Zeit zum Handeln knapp ist. Auch wenn es erst ab 2020 gelten wird. Und dass die Antwort auf das Problem ambitioniert ausfallen und global sein muss. Das erklärte Ziel, den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur deutlich unter zwei Grad Celsius zu halten und gar Anstrengungen zu unternehmen, den Temperaturanstieg auf 1,5 Grad Celsius über vorindustrielles Niveau zu begrenzen, zeugt von dieser Erkenntnis. Dieses Ziel ist aber nur durch gemeinsame, kooperative Anstrengungen auf nationaler und internationaler Ebene zu erreichen.

Klima als Gemeingut

Die Einleitung zum „Klimakapitel“ der Enzyklika (LS 23) ist unscheinbar, aber voller Sprengkraft: Wenn das Klima ein Gemeingut ist, darf nicht sein, dass einige wenige die Atmosphäre unbegrenzt als Deponie missbrauchen, während andere schon heute und in Zukunft hinzunehmen haben, dass sie Opfer von Dürren, Starkwinden und Überschwemmungen werden. Es ist eine Frage der Gerechtigkeit, das „Gemeingut Klima“ – wie analog auch Wasser, Boden, Wälder – vor der selbstsüchtigen Ausbeutung einiger weniger zu schützen. Wenn die größten Mengen von Kohle, Öl, Gas in der Erde bleiben müssen, um weltweit das Gemeinwohl zu schützen, werden sie im

Sinne des Wortes wertlos. Die Staaten und Unternehmen, die darauf ihre Wirtschaft bauen, lehnen diesen Vorschlag entsprechend vehement ab.

Das Klima als Gemeingut zu verstehen bedeutet auch, dass jede und jeder – ob Staat oder Individuum – zum Schutz dieses Gemeingutes beitragen muss und kann. In Anlehnung an das Prinzip der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten und entsprechend ihrer oder seiner Fähigkeiten. Mit Blick auf die internationalen Klimaverhandlungen und die dringend notwendige Minderung von Treibhausgasemissionen verlangt der Papst „Ehrlichkeit, Mut und Verantwortlichkeit vor allem der Länder, die am mächtigsten sind und am stärksten die Umwelt verschmutzen“ (LS 169). Aber er ruft auch die gesamte Menschheit auf, „sich der Notwendigkeit bewusst zu werden, Änderungen im Leben, in der Produktion und im Konsum vorzunehmen, um [die Klimaerwärmung] oder zumindest die menschlichen Ursachen, die sie hervorrufen und verschärfen, zu bekämpfen“ (LS 23). Das Klima als Gemeingut zu verstehen bedeutet folglich zu erkennen: Mein Sein und Handeln ist in die Umwelt und in die gesamte Menschheitsfamilie eingebunden.

Die Industrienationen tragen eine historische Verantwortung, Vorreiterinnen in Sachen Klimaschutz zu sein oder zu werden. Sie haben die technischen und finanziellen Möglichkeiten dazu. Gleichzeitig müssen Schwellenländer wie China, Indien, Südafrika und Brasilien



»Das Klima ist ein gemeinschaftliches Gut von allen für alle. [...] Die Menschheit ist aufgerufen, sich der Notwendigkeit bewusst zu werden, Änderungen im Leben, in der Produktion und im Konsum vorzunehmen, um zumindest diese Erwärmung [des Klimasystems] oder zumindest die menschlichen Ursachen, die sie hervorrufen und verschärfen, zu bekämpfen.«

LS 23



schnellstmöglich ihren Kurs ändern und den auf fossilen Energieträgern aufbauenden Entwicklungspfad verlassen. Die sogenannten Entwicklungsländer müssen in die Lage versetzt werden, die „fossilen Technologien“ zu überspringen und ihre Zukunft direkt auf erneuerbaren Energien zu bauen. Hier stehen insbesondere die reichen Industrieländer in der Pflicht, den armen Ländern bei diesem Übergang durch technische und finanzielle Unterstützung zu helfen.

Doch eine solche kohlenstoffarme Entwicklung wird mit entsprechenden Technologien alleine nicht umgesetzt werden können. Überhaupt scheint das Vertrauen in und die Hoffnung auf technologische Lösungen angesichts des Klimawandels nicht Lösung, sondern Teil des Problems zu sein. Neben Technologien auf der Seite der Emissionsquellen (Stichwort Erneuerbare Energien) geht es auch um solche auf der Seite der sogenannten Senken, also wenn es darum geht, der Atmosphäre Emissionen wieder zu entziehen. Das kann mit relativ simplen Methoden wie Auf-

forstung geschehen. Um aber eine Balance zwischen Eintrag in und Entzug anthropogener Emissionen aus der Atmosphäre zu erzielen, werden andere Technologien notwendig – insbesondere wenn wir unsere Art zu produzieren und zu wirtschaften nicht verändern. Technologien, wie die Verpressung von Kohlendioxid unter Tage, sind jedoch risikobehaftet, nicht ausreichend erprobt – oder noch gar nicht erfunden.

Abschied vom technokratischen Paradigma

Das Vertrauen in technologische Lösungen wird flankiert vom unhinterfragten Vertrauen in den Markt, auch im Klimaschutz. Das Paris-Abkommen ebnet den Weg für neue marktbasierende Mechanismen, die den Transfer und Handel von Emissionseinsparungen ermöglichen und – das klingt positiv – in den Dienst der nachhaltigen Entwicklung stellen. Für Papst Franziskus ist der Handel mit Emissionsrechten nichts als eine „schnelle und einfache Lösung“, die „in keiner Weise eine radikale Veränderung mit sich bringt, die den Umständen gewachsen ist“ und stattdessen „vom Eigentlichen ablenkt“ (LS 171). Kern dieser Kritik und das „Eigentliche“, um das es dem Papst geht, ist die Globalisierung des „technokratischen Paradigmas“ (LS 106-114) sowie einer konsumorientierten Gleichgültigkeit (LS 232) gegenüber Umweltzerstörung und unseren Mitmenschen. Franziskus kritisiert nicht die Technologie an sich, im Gegenteil, er lobt die vielen positiven Errungenschaften des technologischen Fortschritts. Das Grundproblem macht er aus in der „Art und Weise, wie die Menschheit tatsächlich die Technologie und ihre Entwicklung zusammen mit einem homogenen und eindimensionalen Paradigma angenommen hat“ (LS 106). In diesem Sinne ist das, was derzeit im Klimaschutz passiert, *business as usual* und eben nicht transformativ. Statt darauf zu vertrauen, dass „die jetzige Wirtschaft und die Technologie alle Umweltprobleme entschärfen“ und dass „die Probleme des Hungers und das Elend in der Welt sich einfach mit dem Wachstum des Markt-



tes lösen werden“ (LS 109), fordert Franziskus, uns von diesem Paradigma zu befreien.

Das ist eine Aufforderung zu ambitioniertem Handeln. Jetzt. Und zwar auch jenseits von Temperaturobergrenzen und Emissionsminderungen. Die Reduktion des Problems Klimawandel auf Kohlenstoffemissionen und deren Verringerung als vorrangiges Ziel zur Rettung des Planeten wird den komplexen und miteinander verwobenen Krisen nicht gerecht. Es braucht weiter reichende und tiefer greifende Veränderungen, auf der individuellen und kollektiven Ebene, in Politik, Wirtschaft und allen anderen Sphären der Gesellschaft.

Der Willenserklärung von mehr als 170 Staaten – mehr ist die Unterzeichnung des Pariser Abkommens am Tag der Mutter Erde in New York zunächst einmal nicht – müssen nun umgehend handfeste Taten folgen. Das gilt für die Umsetzung in nationales Recht, aber auch für die Verschärfung bereits bestehender Klimaziele und Maßnahmen.

Tiefgreifende ökologische Umkehr tut not

Für MISEREOR bedeutet das in den Worten der Enzyklika, nicht nur „zu verstehen, dass die schädlichen Konsequenzen von Lebensstil, Produktionsweise und Konsumverhalten alle betreffen, sondern es bedeutet in erster Linie, dafür zu sorgen, dass die Lösungen von einer globalen Perspektive aus vorgeschlagen werden und nicht nur der Verteidigung der Interessen einiger Länder dienen“ (LS 164). Alles hängt mit allem zusammen – das macht das Bild vom einen gemeinsamen Haus deutlich und Franziskus wird nicht müde, es in der Enzyklika immer wieder zu betonen. Die wirksame Eindämmung des Klimawandels bedarf einer tiefgreifenden ökologischen Umkehr, die auch die Ursachen des „Niedergang[s] auf menschlicher und sozialer Ebene“ angeht (LS 48). Daher hat sich MISEREOR im Vorfeld der Pariser Klimakonferenz besonders dafür stark gemacht, dass das neue Abkommen die Staaten darauf verpflichtet, bei allen Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Anpassung

an den Klimawandel die Menschenrechte zu achten, zu schützen und zu gewährleisten.

Recht, Gerechtigkeit und Menschenrechte standen auch im Zentrum der Fastenaktion 2016. Sie ist ein Beispiel dafür, wie MISEREOR durch die Arbeit mit der Enzyklika *Laudato si'* versucht, einen breiten kulturellen Wandel anzustoßen und einen Beitrag zu leisten, die Logik des „Paradigmas der Technokratie“ zu hinterfragen. Im Rahmen der Fastenaktion hat MISEREOR unter anderem auf die Situation der Menschen am Tapajós-Fluss in Brasilien aufmerksam gemacht und gemeinsam mit den brasilianischen Partnern eine Petition gestartet. Nicht zuletzt im Namen des Klimaschutzes will die Regierung hier mittels eines Großstaudamms „saubere“ Energie produzieren lassen. Die Rechte der lokalen Bevölkerung werden mit Füßen getreten.

Für MISEREOR ist die Enzyklika Bestätigung und Motivation, sich auch weiterhin weltweit für Umweltfragen und Klimaschutz einzusetzen. MISEREOR will an der Seite der Armgemachten stehen. Weil die Ursachen ihrer Armut komplex und meist globaler Natur sind, können sie mit wohltätigen Werken im „Globalen Süden“ allein nicht behoben werden. Daher ist es ebenso Auftrag von MISEREOR, in Deutschland tätig zu sein. Die Auswirkungen unserer Lebens- und Wirtschaftsweise auf das Leben der Menschen im „Globalen Süden“ stehen dabei im Mittelpunkt. Daher macht sich MISEREOR auch für eine Klimapolitik Deutschlands und der EU stark, die der Verantwortung eines der reichsten Länder der Erde gerecht wird und die bei den Ursachen des Klimawandels hierzulande ansetzt.

Anmerkung

Misereor (2015): Paris, für die Menschen und für den Planeten. Was die Enzyklika *Laudato si'* für die Weltklimakonferenz und darüber hinaus bedeutet. www.misereor.de/fileadmin/publikationen/erklarung-paris-fuer-den-menschen-und-den-planeten-cidse-2015.pdf



Integraler Ansatz zur Hungerbekämpfung

Jeder Mensch hat ein Recht auf gutes Essen

Hunger und Armut sind auch Auswüchse eines Ernährungssystems, das mehr an den Profitinteressen der Agrarindustrie und am blinden Vertrauen in technische Machbarkeit ausgerichtet ist als an den Bedürfnissen der Menschen. Sie sind das Ergebnis einer Wirtschaftsweise, die auf unbegrenzten Konsum setzt und zu Umweltzerstörung führt. Nur eine vielfältige, nachhaltige Landwirtschaft und der gerechte Zugang zu natürlichen Ressourcen kann Abhilfe schaffen.

ANJA MERTINEIT

Hunger und Unterernährung sind trotz weltweiter Programme und Politiken zur Hungerbekämpfung weit verbreitet – über 800 Millionen Menschen haben nicht ihr „tägliches Brot“ und über zwei Milliarden Menschen leiden am sogenannten „versteckten Hunger“. Das heißt, sie haben nicht die für ein gesundes Leben nötige Versorgung mit Vitaminen und Spurenelementen, durchleiden zeitweise Hungerperioden oder sind wie etwa Wanderarbeiterfamilien oder Flüchtlinge in Lebenssituationen, die ihnen keine gesunde Ernährung ermöglichen. Vor allem für Kinder bedeutet Mangelernährung, dass sie für ihre gesamte Zukunft durch einen schlechten Start in ihr Leben gezeichnet

sind und große Schwierigkeiten haben werden, aus dem Teufelskreis von Armut, Krankheit und Mangel ausbrechen.

Paradoxiereise ist der Hunger vor allem dort zu finden, wo die Nahrung produziert wird: Es sind die Familien der Kleinbäuerinnen und Landpächter, der Landarbeitenden und der in den Waldregionen lebenden indigenen Gruppen, die besonders von Hunger und Armut betroffen sind. Die Gründe dafür sind vielfältig und überwiegend vom Menschen gemacht – sie sind deshalb eine Frage der Gerechtigkeit. Die von Hunger betroffenen Haushalte leben meist von kleinsten Landflächen. Denn nur vier Prozent der Landeigentümer besitzen etwa

»Es gibt eine große Mannigfaltigkeit an kleinbäuerlichen Systemen für die Erzeugung von Lebensmitteln, die weiterhin den Großteil der Weltbevölkerung ernährt, während sie einen verhältnismäßig niedrigen Anteil des Bodens und des Wassers braucht und weniger Abfälle produziert, sei es auf kleinen landwirtschaftlichen Flächen oder in Gärten, sei es durch Jagd, Sammeln von Waldprodukten oder kleingewerbliche Fischerei.«

LS 129

50 Prozent der Ackerflächen weltweit, während 90 Prozent der bäuerlichen Betriebe mit durchschnittlich weniger als zwei Hektar Land auskommen müssen, die häufig in Trockengebieten oder an Berghängen liegen.

Monokultur statt Vielfalt

Die Kleinbetriebe haben oft Schwierigkeiten, sich von ihren Flächen zu ernähren, auch weil sie in vielen Ländern von den staatlichen Beratungsdiensten zu einer „modernen“ Art der Landwirtschaft überredet wurden, in der Hohertragsorten, kombiniert mit synthetisch hergestellten Düngemitteln, zu satten Erträgen führen sollten. Diese Anbauweise setzt allerdings optimale Wachstumsbedingungen, ausreichend Wasser und Investitionen in Saatgut, Düngemittel und Pestizide voraus, sodass sie in der Realität von kleinbäuerlichen Betrieben nicht hält, was sie verspricht. Kommt es durch ungünstige Wetterverhältnisse zu Ernteausschlägen, bleiben die Kleinbauern auf ihren hohen Ausgaben sitzen. Mehrere solcher Ereignisse hintereinander führen zu Verschuldung und zwingen die Familien, die Landwirtschaft aufzugeben. Viele verlassen auf der Suche nach Arbeit ihre Heimat, weil ihre Regierungen keine Hilfsprogramme für schlechte Jahre bereitstellen. Durch die Auswirkungen des Klimawandels und die fortschreitende Umweltzerstörung wegen nicht nachhaltiger Wirtschaftsweisen wird die Situation für kleine (Familien-)Betriebe immer schwieriger.

Die Agrarpolitik in Nord und Süd stellt sich dieser Realität nicht, sondern ist weiterhin hauptsächlich an Exporten interessiert und fördert eine hochsubventionierte Monokultur-Landwirtschaft, die nicht nur verheerende

Auswirkungen auf die Umwelt hat, sondern zu einem stetigen Konzentrations- und Verdrängungsprozess führt, der große, industriell organisierte Betriebe überleben lässt und bäuerliche Familienbetriebe abdrängt. Mit dem Argument, dass nur große Betriebe die Ernährung der wachsenden Weltbevölkerung auf Dauer gewährleisten können, werben die Vertreter der industriellen Landwirtschaft für ihre Strategie. Doch sie hält dem Praxistest nicht stand, denn sie verfolgt andere Interessen. Die Welternährungsorganisation FAO rechnet vor, dass heute schon genug Kilokalorien produziert werden, um alle Menschen auf der Welt gut ernähren zu können. So lange aber der politische Wille fehlt und Getreide an Tiere und Autos „verfüttert“ wird, bleibt Hunger als strukturelles Problem bestehen.

Die Auswirkungen dieser Art der Landwirtschaft werden in *Laudato si'* eindrücklich dargestellt: die Gewässerverschmutzung (LS 29), der Verlust von Wäldern und der Rückgang der biologischen Vielfalt durch Raubbau und Monokultur (LS 32). Das global herrschende Agrarmodell hat zu einer Konzentration der Macht über Produktionsmittel, vor allem über Land und Saatgut (LS 134), geführt. Es verdrängt kleinbäuerliche Familienbetriebe von den Märkten (LS 129). Dies ist kein Phänomen allein im globalen Süden, auch in Deutschland und Europa fühlen sich die bäuerlichen Betriebe durch ständig sinkende Erzeugerpreise und „Wachse oder Weiche“-Zwänge unter großem Existenzdruck.

Die Agrar- und Ernährungsindustrie profitiert jedoch von dieser Form der Landwirtschaft, denn agrarökologisch wirtschaftende Kleinbetriebe kaufen nicht das (z.T. gentechnisch veränderte) Saatgut mit den dazu gehö-



renden Düngemitteln und Pestiziden. Sie liefern auch nicht in großen Mengen zu niedrigsten Preisen die billigen Rohstoffe, aus denen die verarbeitenden Ernährungskonzerne ihre Fertigprodukte herstellen, die oft zu viel Zucker, gesättigte Fette, Salz und Zusatzstoffe enthalten.

Die Alternativen wachsen und gedeihen

Dagegen beweisen viele kleinbäuerliche Betriebe, dass es Alternativen gibt und eine standortangepasste, diversifizierte und nachhaltige Landwirtschaft auch unter schwierigen Umweltbedingungen sehr produktiv sein kann. Tatsächlich produzieren die etwa 380 Millionen bäuerlichen Kleinbetriebe weltweit rund 70 Prozent der Nahrungsmittel für lokale und nationale Märkte.

Die vielen Projektbeispiele der MISEREOR-Partnerorganisationen zeigen anschaulich, wie zukunftsfähig und gleichzeitig innovativ solche Kleinproduzenten wirtschaften. Bauern und Bäuerinnen haben meist eine enge Beziehung zur belebten Umwelt. In dem Wissen, auf Gedeih und Verderb von den Naturressourcen abzuhängen und mit dem Wunsch, sie für nachfolgende Generationen zu erhalten, verfolgen sie eine möglichst nach-

haltige Wirtschaftsweise und passen sich innovativ an die Naturgegebenheiten an. Sie leben ganz und gar auf ihrem Hof, in ihrer Gemeinschaft, fühlen sich füreinander verantwortlich und letztlich selber als Teil des gesamten Ökosystems. Die Betriebe nutzen örtliche Dienstleistungen und bieten Arbeitsplätze. Sie prägen oder erhalten ihre Kultur und Traditionen, die eng mit der Wirtschaftsweise verbunden sind. Im Gegensatz zur Agrarindustrie gibt die bäuerliche Landwirtschaft Impulse für die ländliche Entwicklung.

Trotz ihrer wichtigen Funktionen für die Gesellschaft wird diese Art der Landwirtschaft nur sehr punktuell gefördert und unterstützt. In der von den Interessen der Agrarindustrie beherrschten Debatte um die richtige Art der Landwirtschaft bezieht der Papst deshalb eindeutig Position für die Förderung einer diversifizierten, nachhaltigen Landwirtschaft (z.B. LS 129). Eine wichtige Voraussetzung dafür ist der Zugang zu Ressourcen wie Land und Saatgut. In der Enzyklika werden der Nutzen einer multifunktionalen Landwirtschaft (LS 191) sowie die Vorteile einer diversifizierten Produktion, die den Menschen zu Würde, Kreativität und tiefem Sinn führt (LS 192), eigens betont. Thematisiert wird auch die eigentlich





gebotene Berechnung der wirtschaftlichen und sozialen, heute weitgehend externalisierten Kosten für die Nutzung der allgemeinen Umweltressourcen (LS 195), die die wahren Kosten des herrschenden Agrarsystems aufzeigen würde. Darüber hinaus finden sich in der Enzyklika folgerichtig unter den Leitlinien für Orientierung und Handlung auch Forderungen nach einer globalen Politik, die eine nachhaltige und vielgestaltige Landwirtschaft unterstützt (LS 164 u. 180), Konzernmacht kontrolliert (LS 134) und zu einem gesellschaftlichen Dialog über die Art der Landwirtschaft, hier vor allem der Gentechnik, auffordert (LS 135).

Wider Wegwerfkultur und Verschwendung

Die Kritik am Ernährungssystem geht allerdings noch weiter. Die Veränderungen in den Ernährungsgewohnheiten und -kulturen, einhergehend mit dem wachsenden Einfluss der globalen Ernährungsindustrie mit ihrem „Fast Food“, haben große gesundheitliche Auswirkungen. Ein Drittel der Weltbevölkerung ist von Fehlernährung betroffen, darunter auch die zwei Milliarden Menschen, die aufgrund falscher Ernährung an Übergewicht und Fettsucht leiden, was mit zahlreichen Krankheiten einhergeht und hohe gesellschaftliche Kosten erzeugt.

Papst Franziskus sagt sehr deutlich, dass dieses fehlergeleitete Ernährungssystem nicht nur durch seine Produktionsweise Probleme schafft und Lebensmittel minderer Qualität erzeugt (LS 194), sondern „dass etwa ein Drittel der produzierten Lebensmittel verschwendet wird, und dass »Nahrung, die weggeworfen wird, gleichsam vom Tisch des Armen [...] geraubt wird.«“ (LS 50). Weltweit werden über 30 Prozent der Nahrungsmittel weggeworfen, und einen großen Anteil daran haben reiche Länder und reiche Haushalte. Die Enzyklika beleuchtet die beschriebenen strukturellen Probleme des Ernährungssystems vom ethischen Standpunkt aus: Es ist Diebstahl an den Hungrigen, wie wir den Umgang mit Essen organisieren. Für das „Maß halten“ als Alternative zum ungebremsten Konsum heißt es bildlich auch, „nur so viel zu kochen, wie man vernünftigerweise essen kann.“ (LS 211) Ein weiterer wichtiger Aspekt, der durch *Laudato si'* in die aktuelle Diskussion über das Ernährungssystem eingebracht wird, ist die Frage der Gemeingüter. Es wird daran erinnert, „dass die Erde im Wesentlichen ein gemeinsa-

mes Erbe ist, dessen Früchte allen zugutekommen müssen“ (LS 93). Hier spricht sich der Papst aus gegen die Privatisierung von Wasser (LS 30), für das Recht der Bauern auf ein angemessenes Stück Land (LS 94) und für die Rückbesinnung auf eine Landwirtschaft, die im Dienste der Menschen steht und nicht nur auf Profit ausgerichtet ist – Forderungen, für die MISEREOR-Partnerorganisationen in Asien, Afrika und Lateinamerika gemeinsam mit ihren lokalen Partnergemeinschaften seit Langem vehement eintreten.

Papst Franziskus traut Gemeinschaften von Kleinproduzenten zu, bessere Produktionssysteme und damit mehr Lebensqualität und Gemeinwohl zu schaffen (LS 112). Besonders hebt er die Erdverbundenheit indigener Völker hervor, die auf dieser Grundlage einen verantwortungsbewussten Umgang mit dem Land als Gabe Gottes pflegen (LS 146). Diese Annahmen können MISEREOR-Projekterfahrungen nur bestätigen, denn vielerorts schaffen es an Ressourcen und Geld arme Gemeinschaften, mit großer Solidarität und Spiritualität ihre Verantwortung für die Schöpfung wahrzunehmen.

Deutlich wird auch, dass jede und jeder hier aufgerufen ist, dem Leitbild einer von wenigen Konzernen dominierten Ernährungs- und Landwirtschaftsindustrie einen eigenen Beitrag zu einem auf Vielfalt, Gerechtigkeit und Zukunftsfähigkeit hin orientierten Ernährungssystem entgegenzusetzen, für das es überall auf der Welt schon viele Anzeichen gibt. Immer mehr Menschen interessieren sich wieder dafür, wie ihre Lebensmittel produziert werden, und sind bereit, gerechte Preise zu zahlen.

Ein Umsteuern im globalen Ernährungssystem ist dringend geboten. Dies ist auch die Botschaft von MISEREOR: Jeder Mensch hat ein Recht auf gutes Essen. Eine ausreichende und gute Ernährung für alle braucht Vielfalt, vom Acker bis auf den Teller. MISEREOR setzt sich deshalb für ein Ernährungssystem ein, das die bäuerliche Landwirtschaft stärkt, die Umwelt schützt, Vielfalt erhält und die Rechte armer Konsument(inn)en in den Mittelpunkt stellt. Die Enzyklika *Laudato si'* untermauert diese Botschaft kraftvoll.

Anmerkung

Weitere Informationen unter www.misereor.de/informieren/hunger



Sozial und ökologisch gerechte Urbanisierung

Die Stadt von morgen

Die Zukunft der Menschheit entscheidet sich maßgeblich in der Stadt. Wie in einem Brennglas bündeln sich hier die Schwierigkeiten, vor die uns der Klimawandel stellt. Aber Städte sind auch gesellschaftliche Laboratorien, in denen erfolgreich Lösungen für eine lebenswerte Zukunft für alle entstehen können.

ALMUTH SCHAUBER

Im Jahr 2050 werden fast zwei Drittel der Menschheit in Städten leben. Der enorme Zuwachs städtischer Bevölkerung stellt kleine wie Megastädte vor zusätzliche soziale und ökologische Herausforderungen. Denn schon heute haben sie mit dicht besiedelten Armensiedlungen zu kämpfen, denen es am Notwendigsten fehlt, während sich Mittel- und Oberschicht in Wohlstandsenklaven zurückziehen und sich urbane Gemeinschaftsgüter und Räume aneignen.

Städte gelten nicht zu Unrecht als Moloch, verbrauchen sie doch 70 Prozent der weltweit erzeugten Energie und stoßen auch 70 Prozent der Treibhausemissionen aus. Auch der Großteil des zukünftigen zusätzlichen Energiebedarfs wird von Städten nachgefragt werden. Das macht Städte zu einem entscheidenden Faktor für die Begrenzung des Klimawandels. Damit stehen Themen wie Lebensstile, Mobilität, Infrastrukturen sowie die Art und Weise, wie unsere Städte gebaut und sozialräumlich aufgeteilt sind, auf der Agenda.

Städte sind einerseits große Treiber des Klimawandels. Andererseits sind sie aber auch aufgrund ihrer Bevölkerungsdichte, Bausubstanz und Infrastruktur unmittelbar den Gefahren des Klimawandels ausgesetzt,

etwa durch Taifune, Hitzewellen und Schlammlawinen. Städtische Räume stehen daher im Zentrum der großen Transformation hin zu einer Energieversorgung aus Erneuerbaren.

Gesellschaftlich und ökonomisch ausgegrenzt

Auch die Anpassungsmaßnahmen zur Minderung von Klimawandelfolgen fokussieren sich auf städtische Ballungszentren. Die Erfahrungen der letzten Jahre verdeutlichen, dass der Klimawandel und seine spürbaren Folgen sowie die Strategien ihn zu verhindern, die strittigen Themen um soziale Gerechtigkeit, politische und ökonomische Teilhabe, Zugang zu Wohnraum und Basisinfrastrukturen zuspitzen. Aus Sicht städtischer Armer stellt sich die Frage, ob und wie ihre Interessen und Rechte in dieser Agenda Berücksichtigung finden.

Ein weiterer Gerechtigkeitsaspekt liegt im geringen ökologischen Fußabdruck städtischer Armer. Ihr Lebensstil ist weitgehend klimaneutral und hebt sich deutlich vom ökologischen Fußabdruck der globalen Mittel- und Oberschicht ab. In Entwicklungs- und Schwellenländern leben durchschnittlich etwa 30 Prozent der städtischen Bewohner(innen) in informellen Siedlungen. In Städten



»Wichtig ist, dass die verschiedenen Teile einer Stadt gut integriert sind und die Bewohner ein Gesamtbild haben können, statt sich in Wohnquartieren abzukapseln und darauf zu verzichten, die ganze Stadt als einen eigenen, gemeinsam und mit anderen genutzten Raum zu erfahren.«

LS 151

wie Mumbai/Indien sind es sogar 50 Prozent. Diese Siedlungen befinden sich in unmittelbaren Gefahrenzonen, beispielsweise an Flussufern und -mündungen, an Küstenlinien oder an steilen Abhängen, an Schienen oder unter Masten für Starkstrom. Die Menschen wählen das Leben in solchen gefährdeten Gebieten nicht freiwillig. Die Existenz dieser Siedlungen drückt einen Mangel an Wohnraum aus.

Vertreibungen verhindern und Menschenrechte schützen

Die Enzyklika *Laudato si'* von Papst Franziskus analysiert urbanes Leben mit dem Impetus, dass Arme einen gleichwertigen Platz im urbanen Raum einnehmen sollten (LS 44). Er spricht explizit die Wohnungsnot an und wendet sich gegen Vertreibungen (LS 152). In Indien etwa fehlen rund 18 Millionen Wohnungen, die vor allem

armen Bevölkerungsgruppen fehlen. Der Wohnungsmangel zwingt die Betroffenen, sich mit Bedingungen wie etwa saisonal eindringende Fluten in ihre Wohnungen zu arrangieren. Der Papst würdigt diese Siedlungen und die Schicksale der Menschen: „Wenn sich an einem bestimmten Ort schon chaotische Ansammlungen von baufälligen Häusern gebildet haben, geht es vor allem darum, diese Quartiere zu urbanisieren und nicht ihre Bewohner zu entwurzeln und zu vertreiben“ (LS 152). Franziskus geht noch weiter: Er fordert, dass es die Aufgabe einer gastfreundlichen Stadt sein sollte, menschenwürdige Wohnalternativen vorzuhalten.

Explizite Verweise zu städtischer Armut sind an vielen Stellen der Enzyklika zu finden. Liest man diese Abschnitte nacheinander, ergibt sich ein „Stadtkapitel“. Wie andere Publikationen erkennt die Enzyklika städtische Räume als zentrales Transformationsfeld und führt



soziale und ökologische Aspekte zusammen. Zuletzt hat dies der im April 2016 veröffentlichte Bericht des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) getan.

MISEREOR als Hilfswerk unterstützt seit Jahrzehnten städtische Arme darin, ihr Recht auf Stadt, auf Wohn- und Bleiberechte und damit auf ein menschenwürdiges Leben umzusetzen und Vertreibungen zu verhindern. Vertreibungen werden nach internationalem Recht geächtet. Dennoch wenden viele Kommunen weltweit das Zwangsmittel der Vertreibung oder der erzwungenen Umsiedlung an. Der Schutz, die Erfüllung und die Umsetzung des Menschenrechts auf Wohnen ebenso wie sozialer Wohnungsbau, die Teilhabe an der Entwicklung der Städte und ihre Verbesserung im Sinne der Armen sind Anliegen der Enzyklika.

Armut macht verwundbar

Qualität und Lage der Wohnviertel städtischer Armer sind sichtbare Zeichen ihres Ausschlusses; sie kennzeichnen damit die soziale und ökonomische Kluft zwischen Wohlhabenden und Armen. Deutlich wird dies anhand städtischer Grünanlagen, die es zwar in vielen Städten gibt, doch häufig den Wohlhabenden vorbehalten sind. Eine lebenswerte Stadt als eine Stadt der Wohlhabenden? Dies widerspricht jedem Gerechtigkeitsempfinden und ist doch vielerorts Realität. MISEREOR arbeitet in Delhi/Indien beispielsweise mit Rikschafahrern zusammen, die in ihren Rischkas schlafen müssen, weil sie obdachlos sind. Ihr Verdienst reicht nicht für eine Wohnung und einen sicheren Abstellplatz für ihr Arbeitsgerät aus.

So unfassbar dies ist, so sehr haben sich viele an genau diese Auseinanderentwicklung der Lebensverhältnisse zwischen Wohlhabenden und Armen einer Stadt gewöhnt, konstatiert Papst Franziskus. Derartige Unterschiede würden von den Wohlhabenden gar nicht mehr wahrgenommen, selbst wenn sie „für“ die Armen sprächen. Die Armen müssten daher in die Dialoge um die Zukunft ihrer Stadt aktiv einbezogen werden, ihre Bedürfnisse ins Zentrum der Überlegungen gestellt werden (LS 150). Das „Gedränge in Gemeinschaftserfahrungen“ umzuwandeln stellt der Papst als Kompetenz der Bewohner(innen) von Armsiedlungen dar, die ihre Lebensumstände in Kreativität wandeln können (LS 148 ff.). Ein durchgängiges Thema der Enzyklika sind

auch die „Urban Commons“, die städtischen Gemeinschaftsgüter, also etwa Zugang zum öffentlichen Raum (Grünflächen), zu Wasser, zu Energie und Mobilität. Die Schönheit der städtischen Gestaltung genüge nicht; es gehe, so Franziskus, darum, der Schönheit des Zusammenlebens der Menschen zu dienen, also der Lebensqualität der Menschen, ihrer Anpassung an die Umwelt und ihrer gegenseitigen Unterstützung (LS 150). Mit dieser Aussage unterstreicht die Enzyklika das Recht der Ärmsten auf gleichberechtigte Teilhabe an politischen Prozessen.

Anpassungsmaßnahmen als Bedrohung?

Unter der umfassenden Überschrift des Klimawandels werden strategische Ressourcen wie Landzugang, Zugang zu öffentlichem Raum und der Schutz der Wohn- und Bleiberechte informeller Siedler(innen) neu austariert. Sehr oft entgegen menschenrechtlichen Verpflichtungen. Denn es geht um sehr viel Geld aus nationalen und internationalen Quellen. Die Kernfrage lautet: Nutzen diese Finanzmittel jenen, die stark von Klimawandelfolgen betroffen sind und einen besonders geringen ökologischen Fußabdruck haben?

Vertreibungen im Namen der Anpassung an den Klimawandel und des Klimaschutzes sind perfide. Sie treffen insbesondere schutzbedürftige Gruppen, die in Gefahrenzonen leben. Städtische Arme sehen sich konfrontiert mit Eindeichungs- und Schutzwallprojekten enormen Ausmaßes, die zugleich unzweifelhaft einer an Mittelklasseinteressen orientierten „Stadterneuerung“ dienen. Dämme, Deiche und Kanäle werden mit der Schaffung teurer Restaurants, Flaniermeilen, Grünflächen, kleinen Yachthäfen und Shopping Malls verbunden. Nicht selten stellen solche Infrastrukturmaßnahmen eine Art „Land Grabbing“ dar, deren Flächen dem hochpreisigen Immobilienmarkt zugeführt werden. Ermöglicht wird dies mithilfe des Instruments der Public Private Partnerships: Mit (international bereitgestellten) Klimamitteln wird ein Deich gebaut. Das private Investment ermöglicht beispielsweise Landgewinnung, die Schaffung von Freizeitinfrastrukturen oder privatisierten Transportinfrastrukturen. Die am Küstenstreifen Siedelnden – meist Fischerfamilien – haben keinen Zugang mehr zum Wasser. Der Verbleib ihrer Siedlungen ist unsicher.



Wie also kann es gelingen, ökologisch notwendige Maßnahmen im dicht besiedelten städtischen Raum umzusetzen, in dem ja gerade die Ärmsten unter (auch ökologisch) prekären und gefährlichsten Lebensbedingungen leben? „Es geht nicht darum, etwas zu zerstören und neue, angeblich umweltfreundlichere Städte zu bauen“ (LS 143). Stattdessen fordert der Papst die Verbesserung der Lebenssituation städtischer Armer – nicht durch punktuelle Maßnahmen, sondern als zentralen Bestandteil eines armuts- und gerechtigkeitsorientierten Entwicklungspfades.

Eindeutig für die Rechte der Armen

Die Radikalität des Ansatzes von Franziskus wird deutlich, wenn man sich vor Augen führt, dass von Überflutungen, Erdbeben und Stürmen gefährdete Armesiedlungen und ihre Bewohner(innen) nicht primär als schutzbedürftig erkannt werden. Aufgrund der fehlenden Legalisierung ihrer Wohngebiete werden sie im Gegenteil von entsprechenden Schutzmaßnahmen sogar ausgenommen. Wie jedoch eine Stadt gegen die Folgen des Klimawandels gewappnet sein kann, wenn eine Kommune ihre Katastrophenvorsorge auf legalisierte Wohnviertel beschränkt und informellen Siedlern keine Schutzmaßnahmen, keine Schutzräume und keine Kommunikationssysteme zur Verfügung stellt, bleibt von

diesen Kommunen unbeantwortet. Dem stellt Franziskus die Idee des gemeinsam genutzten Raums gegenüber, in dem keine Diskriminierungen stattfinden dürfen (LS 151).

Die Enzyklika greift explizit Kernthemen des armutsorientierten Entwicklungsdialogs in Bezug auf städtische Armut auf und spitzt diese zu. Nachhaltigkeit zum Preis sozialer Ungerechtigkeit ist inakzeptabel. Insbesondere in dicht besiedelten Räumen bezieht sich Nachhaltigkeit auf politische Aushandlungsprozesse zwischen Wohlhabenden und Armen. Dass diese Aushandlungsprozesse die Dimension des geringen CO₂-Fußabdrucks, den städtische Arme auch im Vergleich zu anderen Stadtbewohnern haben, würdigen, verdeutlicht lokale und nationale sowie selbstverständlich globale Gerechtigkeitsaspekte.

Die Enzyklika ist mehr als nur eine freundliche Aufforderung, den eigenen Lebensstil klimaneutral(er) und sozial gerecht(er) zu gestalten. *Laudato si'* schafft einen gemeinsamen Bezugspunkt des Handelns und verdeutlicht dies am heterogenen städtischen Gemeinwesen. Viele Handlungsfelder liegen im wahren Sinn des Wortes „auf der Straße“. Entsprechend ist die Schaffung öffentlicher, sicherer und gut zu erreichender Transportsysteme ein weiteres Anliegen der Enzyklika (LS 153). Die Hervorhebung von Transportinfrastrukturen, sowohl in Bezug auf ihre soziale Funktion als auch in ihrer Bedeutung für die Bewältigung des Klimawandels, ist bemerkenswert.

Und in Deutschland?

Armutsgerechte, klimafreundliche und menschenrechtlich verankerte urbane Transformation ist eine große Aufgabe, die auch in Deutschland noch vor uns liegt. Kann es beispielsweise so weiter gehen mit dem hohen Energieverbrauch, der anachronistischen Idee des individuellen motorisierten Transports, der ausufernden Flächennutzung und der Verschiebung ärmerer Bevölkerungsgruppen an die Ränder der Städte? Nehmen wir auch in Zukunft hin, dass (versteckte) Subventionen uns zwar das Leben bequem gestalten lassen, ökologische und soziale Aspekte jedoch ausblenden? Wie wird unsere Gesellschaft die Abkehr von fossilen Treibstoffen verkraften?

Um das in Paris anerkannte 1,5-Grad-Celsius-Ziel zu erreichen, werden wir lernen müssen, drastische Veränderungen zu akzeptieren und unsere Leben, unsere Wirtschaft neu zu denken. Dieser Gedanke verbindet uns direkt mit städtischen Armen, die in Gefahrenzonen leben und Angst vor Vertreibung haben, die ihre Leben nicht nur verändern, sondern zerstören. Im Gegensatz zu uns sind sie bereits konkret von den Folgen des Klimawandels betroffen.

Anmerkung

Wissenschaftlicher Beirat Globale Umweltveränderungen (2016): Der Umzug der Menschheit. Die transformative Kraft der Städte. Berlin. Download unter www.wbgu.de



»Eine interdependente Welt bedeutet nicht einzig und allein, zu verstehen, dass die schädlichen Konsequenzen von Lebensstil, Produktionsweise und Konsumverhalten alle betreffen, sondern es bedeutet in erster Linie, dafür zu sorgen, dass die Lösungen von einer globalen Perspektive aus vorgeschlagen werden und nicht nur der Verteidigung der Interessen einiger Länder dienen.«

Papst Franziskus, LS 164

Anstiftung zur Rettung der Welt

Ein Jahr Enzyklika *Laudato si'*

Juni 2016

Impressum

Herausgeber

Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR e.V.
Mozartstr. 9, 52064 Aachen
Tel. +49 (0)241 / 442 125
www.misereor.de
info@misereor.de

Verlag

oekom verlag GmbH
Waltherstr. 29
80337 München

Redaktion

Dr. Markus Büker, Theologische Grundfragen
(markus.bueker@misereor.de)
Stefan Tuschen, Klimawandel und Entwicklung
(stefan.tuschen@misereor.de)
Anja Mertineit, Ländliche Entwicklung
(anja.mertineit@misereor.de)
Dr. Almuth Schauber, Städtische Armut
(almuth.schauber@misereor.de)
Anke Oxenfarth, oekom verlag
(oxenfarth@oekom.de)

Grafische Gestaltung

Sandra Filic / München

Druck



Gebr. Geiselberger GmbH
Martin-Moser-Straße 23
84503 Altötting

Diese Broschüre wurde klimaneutral mit Druckfarben auf Basis nachwachsender Rohstoffe auf 100 Prozent Recyclingpapiergedruckt.



ClimatePartner^o
klimaneutral

Verlag | ID: 128-50040-1010-1082

Bildnachweise

Titel (von oben nach unten): Pohl/MISEREOR; Struck /MISEREOR; Schwarzbach/MISEREOR; Kopp/MISEREOR; Kopp/MISEREOR
Innenteil: S.3: Schwarzbach/MISEREOR; S.4: flickr/R.Sauer; S.5: Pohl/MISEREOR; S.6: Kopp/MISEREOR; S.7: wikipedia/Stodtmeister; S.8: Schwarzbach/MISEREOR; S.10: Büker/MISEREOR; S.10 unten: Fotolia/vutuankhanh; S.11: Schwarzbach/MISEREOR; S.12/13: Schwarzbach/MISEREOR; S.14 links: Pohl/MISEREOR; S.14/15 unten: Schwarzbach/MISEREOR



Das Umweltmanagement von MISEREOR ist nach EMAS geprüft und zertifiziert.



MISEREOR-Spendenkonto
Ihre Spende kommt an. Garantiert!
IBAN DE75 3706 0193 0000 1010 10
BIC GENODE33PAX

Diese Broschüre und weitere Materialien zur Enzyklika:

www.misereor.de/laudato-si

MISEREOR
IHR HILFSWERK